Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

Steffen Dobbert
Ulrich Thiele

Nord Stream

Wie Deutschland Putins Krieg bezahlt

Klett-Cotta

Klett-Cotta
www.klett-cotta.de
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH
Rotebühlstr. 77, 70178 Stuttgart
Fragen zur Produktsicherheit: produktsicherheit@klett-cotta.de

© 2025 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,
gegr. 1659, Stuttgart
Alle Rechte inklusive der Nutzung des Werkes für Text und
Data Mining i.S.v. § 44b UrhG vorbehalten
Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg
unter Verwendung einer Abbildung von © Mauritius Images/
Armin Staudt/Alamy/Alamy Stock Photos
Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde
Gedruckt und gebunden von GGP Media GmbH, Pößneck
ISBN 978-3-608-96627-5
E-Book ISBN 978-3-608-12371-5

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Inhalt

Vorschau: Der Tag vor der Eskalation 9

I Ein Volksaufstand und seine Folgen 11

Gazproms Imperium 13
Ein wirklich nützlicher Idiot 21

II Neue Revolution, neue Pipeline 25

Eine Idee in Schwerin 27
IM Rolf Jakob bekommt eine Auszeichnung 34
Wer ist bereit, bis Mitternacht zum Maidan zu gehen? 40
Eklat in Brüssel 45
Karneval und die Himmlische Hundertschaft 52

III Russlands Krieg und Deutschlands Beitrag 67

Ein Inoffizieller Mitarbeiter fliegt auf die Krym 69
Niemals trinken, was in Moskau serviert wird 75
Party mit Putin 81
Drei Werften und ein Auftragsmord 96
Flug MH17: »Tschüss Vati!« 104
Soldaten, die sich verlaufen haben 114

Der erste Russlandtag im Hotel der Spione 118
Explosionen im Waffenlager 125

IV Ein Netzwerk gegen Kriegs-Sanktionen 131

Sechs Schüsse auf ein Symbol der Freiheit 133
Bärenjagd im Bundestag 140
Erdgasspeicher zu vergeben 148
Ein Autogramm für Oksana 158
Die Currywurst-Connection trifft sich zum Austernessen 165

V Der Vorposten des Kreml 173

Eine Landesbehörde wird zum Spion Putins 175
Fördermittel für Russlands Kriegswirtschaft 181
Ein Preis für Gazproms Vogelfalle 189
Die »Nordstreamler« recherchieren für die Bundeswehr 198
Manuela Schwesig übernimmt 205
Angela Merkels Teufelsprojekt 212
Biete Hotelübernachtungen, erwarte Umweltprüfung 221

VI Vorbereitungen für den großen Krieg 233

Nowitschok im Parfümfläschchen 235
Die Vertuschung des Schmieröl-Skandals 239
Putin tanzt 248
Im Kanzleramt wird mit Kriegsflüchtlingen gerechnet 255

»Nord Stream 2 killt die Ukraine« 262
Mord im Tiergarten 272
Olaf Scholz will Nord Stream 2 retten 277
Mecklenburg-Vorpommern gegen die Vereinigten Staaten von Amerika 285
Der Merkel-Biden-Pakt 295
Pragmatische Lösungen der Bundesnetzagentur 303
Die Bunkerrunde der Bundesregierung 312

VII Krieg und Sprengung 323

»Die Heuchelei ist zum Kotzen« 325
»Attraktive« Aspekte der Zeitenwende 331
Ein DJ für Deutschlands Gasspeicher 338
Eine Steuererklärung verbrennt im Kamin? 345
Alarmstufe Gas 349
Die mysteriöse Reise der Andromeda 354
Russland-Dinner in der deutschen Botschaft 359

VIII Nachwort: Über einen historischen Fehler 367

Danksagungen 375
Quellen und Anmerkungen 379

Vorschau:
Der Tag vor der Eskalation

Montag, 21. Februar 2022

In Schwerin wird in der Poststelle der Staatskanzlei ein roter Brief abgestempelt. Russische Briefmarken kleben auf dem Umschlag. Im Inneren liegt eine handgeschriebene Karte für die Ministerpräsidentin. Der Text endet mit »herzlichen Grüßen aus einem verschneiten Moskau«.

...

In einem Vorort von Brüssel packt Klaus-Dieter Borchardt seine Sporttasche. Als stellvertretender Generaldirektor Energie war er für Nord Stream 2 bei der EU-Kommission zuständig. Der ehemalige Spitzenbeamte nimmt seinen Schläger, macht sich auf den Weg zu einem Tennismatch und ist sich sicher: Ein noch größerer Krieg ist in Europa unvorstellbar.

...

Im russischen Staatsfernsehen wird um 21:40 Uhr Moskauer Zeit unerwartet das Programm geändert. Wladimir Putin erscheint zwischen zwei russischen Flaggen und stellt eine rhetorische Frage: »Eine Überwindung des Kommunis-

mus wollt ihr? Wir zeigen euch, was eine echte Überwindung des Kommunismus für die Ukraine bedeutet.«[1]

...

In Berlin verfolgt Olaf Scholz Putins Rede vor dem Fernseher im Kanzleramt. Er ist allein. Vor wenigen Stunden hat der russische Präsident ihn und Emmanuel Macron angerufen und vorgewarnt.

...

In Kyjiw[2] steht Kira Bondar in ihrer Küche. Die ukrainische Gasmarktexpertin schaut aus dem Fenster in den Himmel ihres Landes. Ihre Kinder schlafen schon. Neun Jahre hat sie vor dem gewarnt, was jetzt geschieht.

I

Ein Volksaufstand und seine Folgen

Gazproms Imperium

Kommunismus und Faschismus sind Geschichte. Der Sieg im Kalten Krieg und der Wunsch der Menschen nach Freiheit werden in Mittel- und Osteuropa zu Demokratie führen. So lautet der Traum vieler westlicher Politiker, während die Geschichte dieses Buches beginnt.

Wladimir Putin ist am Anfang des 21. Jahrhunderts noch kein Diktator. Seine imperialistischen Pläne sind jedoch nicht nur auf den Trümmern Tschetscheniens erkennbar. Nach der Übernahme des Präsidentenamtes errichtet er mit Verbündeten aus gemeinsamen KGB-Zeiten ein System, das ihm und seinen Vertrauten absolute Kontrolle sichern soll.[1] Um die »frühere Macht« Russlands wiederzuerlangen, ist sich Putin sicher, seien »natürliche Ressourcen« der Schlüssel.[2] Sein Gaspipelinesystem, behauptet er, während der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder ihn 2003 in Jekaterinburg besucht, sei »eine Schöpfung der Sowjetunion«. Die Kontrolle darüber werde der russische Staat behalten. Dass etwa 39 000 Kilometer des sowjetischen Gastransportsystems einem anderen Nachfolgestaat der UdSSR gehören, ignorieren Putin und sein Freund aus Deutschland. Kein Wort über die Ukraine. Dafür kündigt der junge russische Präsident etwas an: Sollte die EU Russlands Kontrolle über das Gasimperium nicht anerkennen, werde sie einsehen müssen, dass »Russlands Hände stärker« seien.[3]

Wer Wladimir Putins Kampf um Vergeltung für den Zerfall der Sowjetunion verstehen möchte, muss Gazprom kennen. Russlands größter und mächtigster Staatskonzern ist das bedeutendste Erdgasunternehmen der Welt. Die Konzernzentrale befindet sich bis 2021 in Moskau, danach vor den Toren St. Petersburgs im höchsten Wolkenkratzer Europas. Etwa eine halbe Million Gazoviki, wie Gazproms Manager genannt werden, arbeiten weltweit für den Energie-Giganten, der nicht nur Gas fördert, liefert und verkauft.

Unter dem Namen Gazprom wird auch Erdöl produziert, werden weltweit Banken, Flug-, Bau-, Versicherungs- sowie Investment-Gesellschaften geführt. In der Erdumlaufbahn kreisen Satelliten von Gazprom Space Systems. Eine Privatarmee mit Panzern und Kampfhubschraubern gehört zum Gazprom-Imperium. Und als Stütze von Putins System der Machtvertikale kontrolliert Gazprom-Media die wichtigsten russischen Zeitungen, Fernseh- und Radiosender.

Symbol für die Abschaffung der Pressefreiheit im Putinismus ist der TV-Sender NTW. Das N steht für Nesawissimoje, unabhängig. Besser formuliert: Bei NTW stand es dafür. Während 80 000 Menschen im ersten, von Boris Jelzin begonnenen, Tschetschenien-Krieg sterben, berichtet NTW kritisch darüber und wird zum beliebtesten TV-Sender Russlands. Nachdem Putin im Kreml übernommen hat und NTW über den zweiten Tschetschenienkrieg ähnlich berichten möchte, stürmen maskierte Männer mit Maschinenpistolen die Geschäftsräume des Senders. Der NTW-Geschäftsführer landet im Gefängnis. Er darf es wieder verlassen, nachdem er die Kontrolle über NTW an Gazprom-Media abgegeben hat.[4]

Gazprom ist kein normaler Konzern. Gazprom ist ein postsowjetisches Hybrid-Gebilde, das aus Wirtschaft, Politik und Geheimdienst besteht. Niemand außer Putin weiß, wo das Unternehmen Gazprom endet und die einflussreichste Waffe des Putinismus beginnt. Mit den Worten eines Chefs einer der unzähligen Gazprom-Tochtergesellschaften: »Gazprom ist eine politische Firma«.[5]

Kyjiw, Sonntag, 21. November 2004

Weil vor der Stichwahl zum ukrainischen Präsidenten Wahllisten gestohlen und Wählergruppen bestochen wurden, versammeln sich trotz eisiger Temperaturen immer mehr Demonstranten auf dem Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz in der Hauptstadt der Ukraine. Sie fordern eine Wiederholung der gefälschten Abstimmung.

In orange Schals gehüllt, bauen sie binnen weniger Tage eine Bühne samt Leinwand und eine Zeltstadt auf. Ein Schrei nach Demokratie ertönt in Kyjiw. Er ist so laut, dass er auch in Moskau vernommen wird.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat der Kreml durch ihm gefügige Präsidenten und Gazprom stets den ukrainischen »Bruderstaat« kontrolliert.[6] Die Ukraine hat sich auch deshalb nicht in eine funktionierende, sondern in eine Schein-Demokratie gewandelt – ähnlich wie Russland und Belarus. Doch nun gewinnt nach Wochen des friedlichen Protests am 26. Dezember 2004 nicht Putins Mann, sondern Wiktor Juschtschenko die Wiederholung der Präsidentschaftswahl. Nun hat die Orange Revolution den Kandidaten ins Präsidentenamt gebracht, der im Wahlkampf einen Giftanschlag überlebt hat und für eine von Moskau unabhängige Ukraine eintritt.

Hannover, Montag, 11. April 2005
Keine fünf Monate später: Zum Auftakt der Hannover Messe ist Wladimir Putin zu Gerhard Schröder gereist. Die beiden Regierungschefs essen gemeinsam Steinbutt, klönen bis ein Uhr nachts und freuen sich, dass eine Idee Wirklichkeit wird.[7]

Obwohl schon drei mehrgliedrige Röhrensysteme russisches Gas in die EU transportieren (durch die Ukraine, Belarus und die Republik Moldau), beschließen Gazprom und die deutschen Unternehmen Eon Ruhrgas sowie BASF (über das Tochter-Unternehmen Wintershall) in Schröders Wohnort eine Grundsatzplanung. Sie wirkt wie eine russische Reaktion auf das Unabhängigkeitsvotum in Kyjiw und wird später den Namen Nord Stream 1 bekommen: eine neue Gaspipeline, die Russland und Deutschland mit zwei Strängen direkt verbinden und auf dem Grund der Ostsee verlaufen soll.

Noch während er lebe, soll die Umgehung der Ukraine fertiggestellt werden, hat der Vorstandsvorsitzende von Gazprom schon vor der Wahlwiederholung in der Ukraine gesagt.[8] Danach geht alles sehr schnell. Schröder und Putin wollen den Deal, weshalb sich Gazprom und die deutschen Energie-Unternehmen schnell einigen. Das Milliarden-Projekt wird mit der von Gazprom in der Schweiz gegründeten Nord Stream AG umgesetzt. Und fast zeitgleich kündigt der Konzern an, den eigentlich bis 2009 gültigen Liefervertrag mit der Ukraine[9] einseitig zu ändern. Statt weiter russisches Erdgas zum Fixpreis von 50 Dollar je 1000 Kubikmeter zu erhalten, soll die Ukraine im kommenden Winter 230 Dollar zahlen – mehr als das Vierfache.[10] Putins Reaktion auf den ukrainischen Wunsch nach Unabhängigkeit ist eindeutig. Am **Sonntag, dem 1. Januar 2006** führen in der

Moskauer Dispatching-Zentrale Gazproms Mitarbeiter einen Befehl von ganz oben aus. Die Gaslieferungen an die Ukraine werden gedrosselt.[11] Der Energie-Krieg der beiden ehemaligen Sowjetrepubliken hat begonnen.

Geheimdienstarbeit sei Informations-Beschaffungsarbeit, Agenten müssten Informationen nicht nur sammeln, sondern zu etwas Neuem zusammenführen. Das hat der ehemalige KGB-Offizier und FSB-Chef Putin kurz nach seiner Machtübernahme als Präsident verraten.[12] Im Kampf gegen die Ukraine nutzt der Kreml nun diese Methode. Gegenüber der deutschen Öffentlichkeit rechtfertigt Gazprom die neue Pipeline mit einem neuen Gasfeld nördlich des Polarkreises. Die Vorkommen im arktischen Stockmann-Feld, angeblich das größte Gasfeld der Erde, werden auf 3,7 Billionen Kubikmeter geschätzt. Putin spricht von Reserven, die für die nächsten fünfzig bis siebzig Jahre reichen und »eine absolut stabile Lage in Europas Wirtschaft und Energiepolitik herstellen würden, besonders in Deutschland«.[13] Die Realität wird anders aussehen: Beide Stränge von Nord Stream 1 werden bis 2012 gebaut, doch das Stockmann-Feld ist bis heute nicht erschlossen.

Für eine andere »Zusammenführung« von Informationen nutzt der Kreml einen Gehilfen in Deutschland. »Gigant Gazprom« lautet der Titel einer erfolgreichen TV-Dokumentation des Filmemachers Hubert Seipel, die durch den öffentlich-rechtlichen TV-Sender ARD an Millionen Zuschauer ausgestrahlt wird. Zwischen markigen Worten von Wladimir Putin, Gerhard Schröder und dem ehemaligen Stasi-Agenten Matthias Warnig lässt Seipel darin Gazproms stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Alexander Medwedew ausführlich zu Wort kommen. Die Ukraine habe

»angefangen, unser Gas aus der Pipeline zu klauen«, behauptet Medwedew vor der Kamera, ohne dass Seipel diese Aussage hinterfragt. Keine Stimme aus der Ukraine kommt in seinem Film zu Wort. Die vertragswidrigen Preiserhöhungen durch Gazprom werden nicht erwähnt. Im deutschen Fernsehen wird Kyjiw vor einem Millionenpublikum zum Schuldigen des Gasstreits erklärt. Nord Stream 1 erscheint dadurch als eine logische Konsequenz, um das angebliche Problem einer angeblich stehlenden Ukraine zu umkurven. Für Seipel, der Putin mehrfach trifft, lohnt sich der Gazprom-PR-Film doppelt. Er wird neben seinen Honoraren von deutschen TV-Sendern über eine Briefkastenfirma mehr als 600 000 Euro von einem Putin-nahen Oligarchen aus Russland kassieren.[14]

Nord Stream 1 wird so der perfekte Vorgänger für Nord Stream 2. Und in Gerhard Schröder hat Wladimir Putin den perfekten »nützlichen Idioten« für beide Projekte gefunden.[15]

Schröder genießt es, als Putins Vertreter in Berlin die Ausstellung »MACHT, PRACHT, HERRLICHKEIT« eröffnen. Sie ehrt Zar Alexander den Zweiten, der mit dem deutschen Kaiser verwandt war und im 19. Jahrhundert die Verbreitung von ukrainischen Schriften verbot. Schröder lädt Putin ein, im deutschen Parlament zu reden. Schröder lächelt, als Putin mit ihm in Dresden, der Stadt, in der Putin für den KGB gearbeitet hat, die Galerie »Alte Meister« besichtigt. Schröder initiiert mit Putin das »Russlandjahr in Deutschland«, und er freut sich, dass er mit Putin in die Sauna gehen darf. Schröder gefällt es, als Putin ihn zu seinem sechzigsten Geburtstag in Hannover beehrt – zusammen mit einem vierzigköpfigen Kosakenchor. Schröder ist zufrieden, als Putin hilft, damit

er und seine vierte Frau ein Mädchen und einen Jungen aus St. Petersburg adoptieren können. Und Schröder antwortet eindeutig, als er im deutschen Fernsehen gefragt wird, ob Putin ein »lupenreiner Demokrat« sei. Er sei davon »überzeugt«, sagt der deutsche Bundeskanzler.[16]

Berlin, Donnerstag, 8. September 2005

Zehn Tage vor seiner Abwahl veröffentlicht Gerhard Schröder einen Zeitungsartikel über Nord Stream 1 im *Handelsblatt*. Heute seien Deutsche und Russen »einander so eng verbunden wie nie zuvor«, schreibt er und schlussfolgert anlässlich der geplanten Pipeline, dass »die deutsch-russischen Beziehungen weit über den Bereich der Wirtschaft« hinaus gehen.

Nachdem der Artikel erschienen ist, trifft sich der Noch-Bundeskanzler am Rand des Berliner Tiergartens in einem Hotel mit Wladimir Putin. Eigentlich war dieser Termin erst für Oktober 2005 in Moskau geplant. Nach der Vorverlegung erscheint es so, als ob Putin und Schröder ihren Gas-Deal noch vor der Bundestagswahl besiegeln wollen. Beide sind bei der Unterzeichnung des Vertrags dabei. Teil der Abmachung ist eine deutsche Staatsbürgschaft für einen Gazprom-Kredit. Sollte das Projekt scheitern, müsste Deutschland mit maximal 900 Millionen Euro plus Kreditzinsen haften – eine der höchsten Staatsbürgschaften in der Geschichte der Bundesrepublik.[17]

Es sei »ein historischer Tag«, sagt Schröder direkt nach der Unterzeichnung durch die Unternehmensvertreter. »Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich in langen Gesprächen mit dem Herrn Präsidenten für ein Umfeld gesorgt habe, das diese Form der Zusammenarbeit ermöglicht hat«,

so Schröder mit Stolz in seiner Stimme. Putin erwidert, er könne nur sagen, »dass wir ungeachtet der innenpolitischen Situation in Deutschland und ungeachtet dessen, ob er seine Position behalten wird oder nicht, mit dem Herrn Bundeskanzler weiterhin sehr gute Beziehungen unterhalten werden«.[18]

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl, 15 Tage nach Rückgabe seines Parlamentsmandats wird Schröders Gazpromisierung offiziell: Er übernimmt den Aufsichtsratsvorsitz der Nord Stream AG. Wegen der »europäischen Bedeutung des Projekts«, wie er sagt.[19] Vielleicht auch wegen der 250 000 Euro Jahresgage, die er neben seinen Bezügen vom deutschen Staat nun offiziell von den Russen bekommt. Ein Kommentar in einer polnischen Zeitung deutet den Vorgang als »größte Korruptionsaffäre in Europa«[20].

Ein wirklich nützlicher Idiot

Im Herbst 2005 ist Gerhard Schröder nicht mehr Bundeskanzler. Seine Partei hat gegen Angela Merkels CDU knapp verloren. Die Verträge für Nord Stream 1 sind jedoch unterschrieben. Und Wladimir Putin braucht seinen Sauna-Freund nun vor allem wegen dessen internationaler Kontakte als Ex-Kanzler und Ex-SPD-Vorsitzender. Im **Mai 2007** greift Schröder deshalb zum Telefon und klingelt bei seinem alten Bekannten Göran Persson in Schweden an.

Um Nord Stream 1 zu bauen, ist Gazprom neben Deutschland auf Schweden, Finnland und Dänemark angewiesen. Laut internationalem Recht dürfen Leitungen nur dann auf dem Meeresgrund der zweihundert Seemeilen umfassenden ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) eines Landes verlegt werden, wenn die Umweltgesetze des Landes eingehalten werden. Wenn die Pipeline die ausschließlichen Wirtschaftszonen der russlandkritischen baltischen Staaten und Polens umgehen soll, müssen die skandinavischen Länder also vom Projekt überzeugt werden.

Göran Persson, der alte Bekannte des Bundeskanzlers, führte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens elf Jahre lang, zehn Jahre war er Ministerpräsident. Und eigentlich ist Persson ein Kritiker von Nord Stream 1. Im Sommer vor Schröders Anruf hat er im schwedischen Nachrichtenmagazin *Veckans Affärer* gedroht, die Pipe-

line zu verhindern: In einer Zeit, in der der Klimawandel ein immer größeres Problem werde, biete Erdgas keine Alternative zu Erdöl, hat er gesagt und gedroht: »Wer glaubt, man könne einfach eine Leitung durch die Ostsee legen, liegt falsch. So etwas geschieht nicht, ohne dass es von schwedischer Seite aus gründlich untersucht wird, und wir könnten gut die Bremse ziehen und Stopp sagen.«

Nach ihrem Telefonat sind Schröder und Persson zum Mittagessen verabredet. Und einen Tag nach dem Lunch lässt der Schwede verkünden, er habe eine neue Aufgabe bei der PR-Firma JKL. Großkunde von JKL ist Eon Ruhrgas, einer der Anteilseigner von Nord Stream. Der neue Teilzeit-Job verschafft Persson neben seinen Bezügen vom schwedischen Staat knapp 200 000 Euro.[21] Kritik an Nord Stream 1, wie zuvor in *Veckans Affärer* zu lesen, wird er danach nicht mehr äußern.

Auf der schwedischen Insel Gotland, die von Nord Stream 1 umrundet werden soll, gibt es ebenfalls Kritiker des Bauvorhabens. Professor Kjell Larsson von der Insel-Universität befürchtet Konsequenzen für die ohnehin sauerstoffarme Meeresumwelt. Umweltgifte, die durch die Verlegearbeiten freigesetzt werden, könnten die Winterquartiere der langschwänzigen Eis-Enten stören, schreibt er in einer Stellungnahme. Nachdem die Nord Stream AG anbietet, 870 000 Euro für die Erforschung der Enten zu spenden, und klar ist, dass Larsson für die Universität die Studie leiten soll, sind die Winterquartiere der Langschwanzenten für den Professor offenbar kein Problem mehr.

Ähnlich läuft es mit zunächst skeptisch eingestellten Lokalpolitikern der Insel. Nachdem die Nord Stream AG 9,7 Millionen Euro für Renovierung, Ausbau und Miete des

Hafens auf Gotland versprochen hat und dem Museum auf Gotland mit 345 000 Euro für archäologische Untersuchungen hilft, verstummen die Gegner des Projekts.[22]

Um Finnlands Go zu erreichen, ruft Schröder ebenfalls einen alten Bekannten an. Im Juli 2008 klingelt er bei Paavo Lipponen. Der ehemalige Ministerpräsident ist Mitglied der finnischen sozialdemokratischen Partei. Als Regierungschef des skandinavischen EU-Landes war er zu ähnlicher Zeit wie Schröder an der Macht. Dazu hat Lipponen eine interessante Vergangenheit. Laut eines finnischen Enthüllungsbuchs[23] soll er ab 1969 unter dem Codenamen Mungo XV/326/71 mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR kooperiert haben. Möglich, dass der Finne damals Matthias Warnig oder Wladimir Putin kennengelernt hat. Warnig, mittlerweile Geschäftsführer der Nord Stream AG, war vor 1989 »Offizier im besonderen Einsatz« der Stasi und hat als Industriespion im Ausland gearbeitet. Nach Schröders Anruf kommt Lipponen jedenfalls gerne nach Berlin und trifft sich mit Warnig und dem ehemaligen Kanzler. Danach unterschreibt Lipponen einen lukrativen Beratervertrag mit der Nord Stream AG.

Auch in Dänemark legen Schröder und Warnig sich ins Zeug. Die Dänen, die noch nie Erdgas aus Russland bezogen haben, bekommen einen Liefervertrag für zwanzig Jahre angeboten. Bedingung: Dänemarks Zustimmung zur Umweltverträglichkeit der Pipeline. Der Energiekonzern Dong Energy (ab 2017 Ørsted), der mehrheitlich dem dänischen Staat gehört, wickelt den Deal ab. Die Verhandlungen übernimmt der sozialdemokratische ehemalige stellvertre-

tende Staatssekretär des Finanzministers. Nach seinem Job bei Dong Energy wechselt Kurt Bligaard Pedersen in hochdotierte Posten von Gazprom-Firmen.

Nord Stream 1 wird so zu einem Erfolg Wladimir Putins. Durch die auf dem Meeresboden verlegten beiden Pipelinestränge kassiert Gazprom Jahr für Jahr Milliarden-Beträge aus Deutschland.

Kann der russische Präsident diese Art der Energieaußenpolitik mit Nord Stream 2 erweitern? Und wie könnte Gazprom dabei mit dem Nordosten der Bundesrepublik, wo die Gasleitungen das Festland der EU erreichen, zusammenarbeiten?

II

Neue Revolution, neue Pipeline

Eine Idee in Schwerin

Schwerin, Donnerstag, 7. Februar 2013

Die Temperaturen liegen mal über, mal unter dem Gefrierpunkt, ab und zu ein Niederschlag, der sich nicht entscheiden kann, ob er Schnee oder Regen sein will. Erwin Sellering sitzt in seinem Büro in der Staatskanzlei.

Schwerin ist die kleinste Landeshauptstadt Deutschlands. Politiker in Mecklenburg-Vorpommern kokettieren gerne damit, um hervorzuheben, dass Schwerin dafür den schönsten Parlamentssitz habe: Rechts von der Staatskanzlei steht nur einen Steinwurf entfernt das Schweriner Schloss auf einer Insel im Schweriner See. Seit 1990 ist der historische Prachtbau mit seinen 15 Türmen Sitz des Landtags. Und links von Sellerings Amtssitz beginnt schon die Schweriner Altstadt mit dem Kaffeehaus Röntgen, dem Weinhaus Wöhler und dem St.-Marien-Dom.

Sellerings Stimmung dürfte heiter sein. Bei der Einweihung des ersten Bauabschnitts von Nord Stream 1 hat er 15 Monate zuvor lächelnd neben dem russischen Präsidenten gestanden. In seinen Behörden wird bereits an der Genehmigung für die Verdopplung der beiden bestehenden Pipelines gearbeitet. Und heute will sich eine Institution persönlich vorstellen, die über die russische Botschaft mit dem Kreml verbunden ist. Das Ostinstitut, wie es sich selbst nennt, ist ein gemeinnütziger Verein aus Wismar. Es hat sich den

deutsch-russischen Beziehungen verpflichtet und ist an die Hochschule Wismar angegliedert, wo es publiziert, Wirtschaftsjuristen für den russischen Markt ausbildet und Veranstaltungen organisiert. Zu den Mitgründern des Vereins gehört der russische Vizebotschafter.[1] Vergangenes Jahr hat Sellerings Landesregierung das Ostinstitut mit einem Forschungsfonds in Höhe von 180 000 Euro ausgestattet.

In einem Brief, der Sellering Ende Januar erreicht hat, schlägt das Ostinstitut eine harmlos klingende Veranstaltung vor: einen »Russlandtag«. Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern und Russland sollen in Nordostdeutschland zusammenkommen und Beziehungen aufbauen. Eine Art Forum soll entstehen, ein Netzwerk, das auch für andere Pläne nützlich sein kann.

Sellering, der nicht aus Mecklenburg-Vorpommern stammt, gefällt die Idee. 1949 im nordrhein-westfälischen Sprockhövel geboren, studiert er nach dem Abitur Rechtswissenschaften in Heidelberg, Bochum und Münster. Vier Jahre nach der Friedlichen Revolution zieht er mit seiner damaligen Frau und den beiden Töchtern in den Nordosten, wo er als Richter und Vizepräsident am Verwaltungsgericht Greifswald arbeitet. Im selben Jahr wird er SPD-Mitglied. Politik, so schildert Sellering es einmal, sei für ihn eine Möglichkeit, im neuen Umfeld anzukommen.

Der hauptberufliche Wechsel von der Judikative in die Exekutive folgt im Jahr 1998. Sellering wechselt von Greifswald nach Schwerin. Zwei Jahre später wird er Justizminister, 2006 Sozialminister. 2008 folgt der Höhepunkt: Der Mann aus Sprockhövel wird Ministerpräsident und tritt an der Ostseeküste ein bedeutendes Erbe an. Sein Vorgänger gilt als Landesvater, wie er im Buche steht. In Mecklenburg-

Vorpommern geboren, ist Harald Ringstorff in der Region und in der SPD verwurzelt. Bei den Bürgerinnen und Bürgern ist er beliebter als der Neue von der SPD, der nicht durch eine gewonnene Wahl, sondern durch Ringstorffs Rücktritt ins höchste Landesamt gekommen ist.

Sellering macht seinen »Herkunftsmangel« mit einer betont ostdeutschen Identitätspolitik wett. Er weist die Kategorisierung der DDR als »Unrechtsstaat« zurück, weil sie, so Sellering, die Lebensleistungen aller in der DDR Geborenen abwerte. Und er prägt eine Russland- und Kremlaffinität, mit der er um Stimmen von Wählern buhlt, die in Zeiten der deutsch-sowjetischen Freundschaft aufgewachsen sind.[2]

Die Vertreter des Ostinstituts betreten die Staatskanzlei in der Schloßstraße, gehen die Treppe hoch und dann nach links, wo sich das Büro des Ministerpräsidenten befindet. Andreas Steininger, Mitgründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins sowie Professor für Wirtschaftsrecht an der Hochschule Wismar, schüttelt Sellerings Hand. An seiner Seite: Wolfgang Clement, Mitgründer und Präsident des Ostinstituts, Ex-Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens sowie ehemaliger Wirtschafts- und Arbeitsminister unter Gerhard Schröder. Als Schröder und Putin Nord Stream 1 ermöglicht haben, hat Clement 2005 die Bürgschaft der Bundesregierung für einen Gazprom-Kredit unterzeichnet. Seit 2006 sitzt er im Aufsichtsrat des deutschen Energiekonzerns RWE, der seit 2011 mit Gazprom kooperiert.

Die Stimmung im Büro des Ministerpräsidenten ist gut. Die Gruppe sitzt an einem runden Tisch, alle trinken Kaffee. Sellering scherzt und versteht sich gut mit Clement. Beide teilen ihre Herkunft aus Nordrhein-Westfalen und die russ-

landpolitischen Interessen. Das Ostinstitut möchte eine weitere Professur für osteuropäisches Wirtschaftsrecht an der Hochschule Wismar – Sellering sagt als Ministerpräsident »Unterstützung« des Landes zu. Für den Russlandtag, an dem die russische Botschaft bereits Interesse signalisiert hat, geht Sellering noch weiter und verspricht »organisatorische und ideelle Unterstützung«.[3]

Kyjiw, Dienstag, 12. Februar 2013

An die Werbung von Blumenläden hat sich Kira Bondar[4] gewöhnt, der Valentinstag kündigt sich jedes Jahr ähnlich an. Neu ist, dass an ihrem Geburtstag die Familie zu viert ist. Die hochgewachsene Frau mit den schulterlangen Haaren geht mit den Kindern und ihrem Ehemann oft durch Kyjiws Parks und an den Ufern des breiten Dnipro-Flusses spazieren. Dabei redet sie über die Zukunft ihrer Familie und die ihres Landes.

Am Tag nach ihrem Geburtstag teilt die Ökonomin mit ihrem Handy unter Freunden ein Foto von der »schlimmsten Straße der Ukraine«. Auf der südwestlich von Kyjiw verlaufenden Autobahn reiht sich ein Schlagloch ans andere. Die Behörden sagen, das Wetter im Winter sei der Grund dafür. Bondar und ihre Freunde glauben, dass wegen der Korruption im Land Steuergelder verschwinden, mit denen Schlaglöcher repariert werden könnten.

Stralsund, Dienstag, 2. April 2013

Im nördlichsten Bergamt Deutschlands, in der Hansestadt Stralsund, kommt eine umfangreiche Sendung der Nord Stream AG an. »Antrag auf Genehmigungen für Errichtung und Betrieb von bis zu zwei Erdgasleitungen« steht im Betreff. Angehängt ist ein Projektinformations-Dokument, eine PR-Broschüre, die der Landesbehörde Mecklenburg-Vorpommerns erklärt, warum und wie Nord Stream 2 bis 2019 gebaut werden soll. Die beiden neuen Stränge werden demnach ähnliche Eigenschaften haben wie die schon in Betrieb genommenen Stahlrohre von Nord Stream 1. Länge pro Leitungsstrang: 1250 Kilometer, Durchmesser: 1,153 Meter. Durch jede Leitung sollen jährlich 27,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas fließen. Die Kapazität der Nord-Stream-1-Pipelines von 55 Milliarden Jahreskubikmetern Erdgas soll so verdoppelt werden.

Bei einem Preis, wie ihn die EU im Durchschnitt 2006 gezahlt hat (240 Dollar je 1000 m^3),[5] wären das für alle vier Nord-Stream-Stränge zusammen etwa 26,4 Milliarden Dollar jedes Jahr, eine Summe, die knapp 9 Prozent des Haushaltes der Bundesrepublik Deutschland im laufenden Jahr 2013 entspricht.[6]

Im Projektinformations-Dokument, das eine Grundlage für das Genehmigungsverfahren bilden wird, heißt es, die Bauarbeiten in der Ostsee seien »ohne signifikantes Risiko durchführbar«, auch in der »Nähe von Gebieten, in denen Ankern wegen des Vorhandenseins chemischer Kampfstoffe nicht empfohlen ist«. Generell sei das Risiko bei Arbeiten am Meeresboden »unbedeutend«. Die vierzigtausend Tonnen chemische Waffen und hunderttausend Minen, die aus Zeiten des Zweiten Weltkrieges am Grund der Ostsee

liegen, werden nicht problematisiert. Das »preisgekrönte Logistikkonzept (Deutscher Logistik-Preis 2010)« werde es ermöglichen, »rund 200 000 betonummantelte Stahlrohre mit einem Gewicht von je 24 Tonnen« in »höchst effizienter und umweltfreundlicher Weise« zu verlegen. Ohnehin, argumentiert Gazprom, sei der Bau von Pipelines unter dem Meer sicherer und besser als an Land, wo das Gastransportsystem der Ukraine »technische und nicht technische Risiken aufgrund wirtschaftlicher und anderer Konflikte« berge. Langfristig sei die ukrainische »Bauart veraltet« und »untauglich«, heißt es im Dokument. Nord Stream 2 dagegen stelle »mit hochmoderner Technologie eine technisch solide Lösung für jahrzehntelange russische Gaslieferungen an die EU dar«. Verschwiegen wird eine Statistik, wonach das ukrainische Gasleitungssystem in zwanzig Jahren Nutzung eine Störfall-Quote von 0,06 Ereignissen pro tausend Kilometer hatte, das russische Gasleitungssystem in derselben Zeitspanne jedoch fast vier Mal so viele.[7] Dafür wird im Dokument behauptet, Nord Stream 2 werde »frei von nicht technischen Risiken« und frei »von Beeinträchtigungen durch Dritte« sein. Nutzungsdauer: »mindestens fünfzig Jahre«.

Schwerin, Freitag, 5. April 2013

Wieder kommt Andreas Steininger in die Staatskanzlei nach Schwerin, heute ohne den Vereinspräsidenten seines Ostinstituts. Die organisatorischen Feinheiten überlässt Wolfgang Clement Steininger, der diesmal mit Andrea H. einen Konferenzraum mit Blick auf den Schweriner See betritt. Andrea H. ist »Leiterin internationale Angelegenheiten« in der Staatskanzlei. Sie soll mit Steininger und der Industrie- und Handelskammer (IHK) Rostock die nächsten Schritte

für den Russlandtag klären. Normalerweise sind solche Besprechungen mit Beamten zäh. Mit Andrea H. ist das anders. Sie wirkt bei der Organisation, die sie offenbar als sinnstiftend empfindet, enthusiastisch.

Steininger, der in den 1990er und 2000er Jahren in Russland gelebt und über russisches Recht promoviert hat, will mit dem Russlandtag das aus seiner Sicht negative Russlandbild korrigieren. Er meint, der Westen übergehe russische Interessen.[8]

Gazprom kommen Steiningers Überzeugungen gelegen. Bereits im November 2007, zwei Jahre vor der offiziellen Gründung des Ostinstituts, haben sich Gazoviki mit der Landesregierung in Schwerin getroffen. Gazprom wolle sich langfristig »als Partner in MV einbringen«, haben Beamte des Wirtschaftsministeriums in einem Vorbereitungspapier für das Treffen damals geschrieben. Gemeint sei »mehr als ›nur‹ Kultursponsoring«, so die Beamten. »Denkbar wäre z. B., dass Gazprom wissenschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen MV – RU unterstützt.« Für das Ostinstitut wird Gazprom später der bedeutendste Spender.

Die Besprechung in der Staatskanzlei läuft reibungslos. Die Aufteilung für die kommenden Monate ist schnell klar: Das Ostinstitut kümmert sich ums Inhaltliche, die Staatskanzlei ums Organisatorische. Erwin Sellering persönlich will sich bemühen, hochrangige und russlandfreundliche Politiker als Referenten zu gewinnen. Seine Staatskanzlei soll sich um Sponsoren kümmern. Und die Industrie- und Handelskammer (IHK) Rostock soll Wirtschaftsvertreter für den Russlandtag einladen. Dass die IHK bis vor Kurzem einen ehemaligen Stasi-IM als Hauptgeschäftsführer hatte, stört die Planung nicht.[9]

IM Rolf Jakob bekommt eine Auszeichnung

Göhren-Lebbin, Mittwoch, 22. Mai 2013

Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen hat kritisiert, dass mehrere Führungspersönlichkeiten der Industrie- und Handelskammern im Land hochrangige SED-Funktionäre waren. »Die alten Netzwerke sind noch aktiv«, hat sie anlässlich der Verabschiedung der Hauptgeschäftsführerin der IHK Neubrandenburg, Petra Hintze, gesagt. Bevor Hintze 1990 bei der IHK anfing, war sie in der SED-Bezirksleitung und Vize-Vorsitzende des Rates für Handel gewesen. Erwin Sellering hat Hintze dennoch gelobt: Sie sei »zur richtigen Zeit am richtigen Ort« gewesen – »nämlich dort, wo […] ihre Stärken genau zu ihren Aufgaben passten«.[10] Als Hauptgeschäftsführerin der IHK hat Hintze wiederum öffentlich von Nord Stream 1 geschwärmt (»Wichtig ist der Imagegewinn«).[11]

Seit Sellering auch noch behauptet hat, es sei verfehlt, »die DDR als totalen Unrechtsstaat zu verdammen«,[12] sind die Opfer der SED-Diktatur auf ihn nicht gut zu sprechen. Noch unbeliebter hat er sich bei ihnen gemacht, als er nicht zur Gedenkfeier des fünfzigsten Jahrestags des Mauerbaus in der ehemaligen Grenzstadt Zarrentin erschienen ist. Der Ministerpräsident war lieber auf einen Segeltörn nach Rostock gefahren.[13]